



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 226-2021
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.345

Eingereicht am: 28.11.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Schmarotzerpolitik der links-grünen Städte

In den links-grün regierten Kernstädten herrscht eine anmassende und bevormundende Arroganz gegenüber allen Andersdenkenden. Diese Kernstädte sind die Heimat der Luxus-Sozis, die verächtlich auf die Land- und Agglomerationsbevölkerung herabschauen und ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu leben und zu reden haben. Sie moralisieren, predigen Wasser und trinken selber Wein.

Die Stadt-Linken leben in einer anderen Welt als die vorwiegend bürgerliche Land- und Agglomerationsbevölkerung. Dabei versuchen sie, ihre Umverteilungsideologie und ihren urbanen Lebensstil für alle anderen als verbindlich zu erklären: Weil sie Tram und Bus vor der Haustüre haben, sollen gefälligst auch alle anderen auf das Auto verzichten oder mehr dafür bezahlen müssen. Dabei ist es den verwöhnten Luxus-Sozis völlig egal, dass viele Betroffene auf ein eigenes Verkehrsmittel angewiesen sind – wie ein Grossteil der Landbewohner oder die KMU. Die Bilanz der Analyse aktueller Brandherde des Stadt-Land-Konflikts in der Schweiz ist alarmierend: Die links-grün regierten urbanen Zentren profitieren über verschiedene Kanäle massiv von Transferzahlungen der Land- und Agglomerationsbevölkerung sowie der Unternehmen. Gleichzeitig machen sie eine immer radikalere ideologisch verengte Politik mit Vorschriften und Verboten, welche die Freiheit und die Selbstverantwortung der Bürger massiv einschränkt.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Könnte der Stadt-Land-Graben mit der Gründung eines Halbkantons Oberland entschärft werden?
2. Wie sieht die Kosten- und Steuerwahrheit zwischen den Städten und den Landgemeinden aus?

3. Kann der Regierungsrat aufgrund der hohen Löhne in der Stadt und dem verkehrstechnisch erschwerten Zugang weitere Auslagerungen bestimmter Verwaltungszweige im Kanton Bern fördern?

Verteiler

- Grosser Rat